**ANFRAGE René Thomet** **QA 3266.09**

**Standpunkt des Staatsrats im Hinblick auf die sich abzeichnenden Änderungen im Nachrichtenbereich bei Radio und Télévision Suisse Romande**

---

## Anfrage

Seit einigen Wochen werden bei Télévision Suisse Romande (TSR) und Radio Suisse Romande (RSR) Umstrukturierungen im Nachrichtenbereich vorbereitet. So sollen offenbar die Redaktionen dieser beiden Westschweizer Medien zusammengelegt werden. Man sprach von Konvergenz, von mehr Effizienz, aber was sich da völlig im Verborgenen abspielt, scheint keine dieser Erwartungen zu erfüllen.

In einer bereits ziemlich uniform gewordenen Westschweizer Medienwelt wird diese Fusion einmal mehr unweigerlich auf Kosten jener Kantone gehen, die nicht zum Genferseeraum (Arc Lémanique) gehören. Somit sind die Pluralität, die Vielfalt und die Mitsprache der Regionen gefährdet.

Ich frage den Staatsrat:

- Welche Schritte oder Massnahmen er in Betracht zieht, um sicherzustellen, dass Nachrichten und Ereignisse aus unserem Kanton in den Informationssendungen des öffentlichen Westschweizer Radios und Fernsehens weiter Beachtung finden?
- Wie kann unser Kanton dafür sorgen, dass unsere sogenannte Randregion von den „léman-zentrierten“ Entscheidungsträgern weiterhin gut abgedeckt wird?
- Was kann der Staatsrat unternehmen, damit weiterhin über das tagesaktuelle Geschehen in den Regionen berichtet wird und die finanziellen Mittel nicht nur für die Produktion von Sendungen verwendet werden, die bloss der Polemik und dem Spektakel dienen?
- Will der Staatsrat einschreiten, um eine Fusion zu verhindern, die nichts bringen wird, sondern von den zuständigen Verantwortlichen dazu genutzt wird, ihr Wunsch-Medium zu konstruieren?

20. November 2009

## Antwort des Staatsrates

Vorab ruft der Staatsrat in Erinnerung, dass er sich in den vergangenen Jahren regelmässig mit dem Stellenwert des aktuellen Tagesgeschehens in Freiburg und der Berichterstattung darüber in den Service-public-Medien, vor allem bei Radio Télévision Suisse romande (RTSR), befasst hat. So hat der Staatsrat jüngst bei der Direktion der Schweizerischen Depeschenagentur (SDA) gegen die geplante Schliessung ihres Büros in Freiburg interveniert.

Zur Regionalgesellschaft SSR idée suisse Romande (RTSR) verweist der Staatsrat auf ein konkretes Beispiel: Er hat im Jahr 2006 der Direktion von Radio Suisse romande (RSR) mitgeteilt, er sei unzufrieden damit, dass das gesamte Gebiet des Kantons Freiburg in den Sendungen «Spéciales élections» (Décrochages) nicht berücksichtigt werde. Im Jahr 2007 hat sich der Staatsrat zudem auf seinen Wunsch hin mit dem Präsidenten des

Verwaltungsrates und den Hauptverantwortlichen von RTSR getroffen. An diesem Treffen machte er sie auf die offenkundige Benachteiligung des Kantons Freiburg gegenüber den Kantonen des Genferseeraums, was sich in einem nachweislichen Missverhältnis der behandelten Themen (sowohl zahlen- wie auch inhaltsmässig) zeige, sowie auf die ungenügende Präsenz von Freiburgerinnen und Freiburgern in den Sendungen und Debatten aufmerksam. Die Direktion von RTSR gab dem Staatsrat daraufhin Erklärungen, stellte ihm aber auch Verbesserungen in Aussicht. Im Anschluss an dieses Treffen stellte der Staatsrat dem Westschweizer Radio und Fernsehen eine Liste von Fachleuten, insbesondere Personen aus unserer Universität, zusammen, die bei verschiedenen aktuellen Themen um eine Stellungnahme angefragt werden können.

Der Entscheid des Verwaltungsrats RTSR, ab dem 1. Januar 2010 das Projekt «Radio Télévision Suisse» zu realisieren und einen neuen audiovisuellen Service public der SRG SSR in der Westschweiz zu schaffen, geht auf die von SRG SSR Idée suisse (worin «Radio Télévision Suisse» als Unternehmenseinheit eingebettet ist) beschlossene Umsetzung eines neuen Unternehmensmodells zurück. Mit diesem strategisches Vorhaben wollen RSR und TSR den wirtschaftlichen und medialen Herausforderungen begegnen, mit denen der Service public in der Suisse romande heute konfrontiert ist. Der Staatsrat ist regelmässig über die Entwicklung dieses Vorhabens informiert worden. Seine Vertreterin im Regionalrat von RTSR hat sich mehrmals mit dem Verwaltungsratspräsidenten, den Direktoren der beiden Medien und den Projektverantwortlichen getroffen. Bei diesen Gesprächen wurden ihr folgende Zusagen gemacht:

a) In sämtlichen Westschweizer Kantonen werden die Regionalbüros weitergeführt; ihre Mittel werden nicht gekürzt.

b) Alle heutigen Radio- und Fernsehstationen mit ihren jeweiligen Profilen werden beibehalten.

c) Radio und Fernsehen behalten jeweils eine eigene Chefredaktion, um die Vielfalt des publizistischen Angebots zu gewährleisten.

d) Die mit der Zusammenführung der Support-Bereiche und der Infrastrukturen erzielten Einsparungen von geschätzten 10% fliessen wieder in die Programme zurück.

Bei der Lancierung des neuen audiovisuellen Service public in der Suisse romande am 25. November 2009 wurden diese Zusagen zudem öffentlich bekräftigt.

Ausserdem hat die SRG-Regionalgesellschaft (SRT-Fribourg) im Juni 2009 den Verwaltungsratspräsidenten von RTSR eingeladen, um der Freiburger Bevölkerung und ihren politischen Vertreterinnen und Vertretern Gelegenheit zu geben, Fragen zu stellen und ihre Befürchtungen zum Konvergenzprojekt zu äussern.

Der Staatsrat wird den schrittweisen Aufbau des neuen audiovisuellen Service public, den weiteren Verlauf dieses Projekts und dessen Auswirkungen auf die Medienpräsenz und den Umgang mit den Aktualitäten aus Freiburg im Programmangebot aufmerksam mitverfolgen. Gegebenenfalls wird er sich, wie er es bereits in der Vergangenheit getan hat, an die Verantwortlichen von RTS wenden und ihnen kritische Anmerkungen oder Beschwerden in Bezug auf die Medienabdeckung des aktuellen Tagesgeschehens in unserem Kanton vorbringen.

Freiburg, den 26. Januar 2010